

26. Neujahrsempfang Schwaben

Mittwoch, 15.01.2020, 17:15 Uhr

Rathaus Augsburg, Oberer Fletz

Rathausplatz 2, 86150 Augsburg

Bayerns Wirtschaft – stark im Wandel

Wolfram Hatz

Präsident

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich freue mich sehr, heute bei diesem schon
traditionellen Neujahrsempfang der vbw
Schwaben zu Ihnen sprechen zu dürfen. Schön,
dass Sie so zahlreich gekommen sind!

Es ist noch früh genug im neuen Jahr, Ihnen
allen hier im Saal ein glückliches, gesundes und
erfolgreiches neues Jahr zu wünschen. Alles
Gute für Sie und Ihre Angehörigen und Freunde!

Sie haben sicher auch abseits des Persönlichen
einige Wünsche für das Jahr 2020, und mir geht
es da nicht anders.

Einer dieser Wünsche ist aus Sicht des
Präsidenten der Bayerischen Wirtschaft, dass
die GroKo in Berlin ihre Selbstbeschäftigung
beendet und endlich das ökonomisch
Notwendige für unser Land in Angriff nimmt.
Dafür ist es höchste Zeit, ich komme darauf
noch zurück.

Leider gibt es zum Jahresauftakt mit Blick auf das politische Berlin viele offene Fragen, von deren Beantwortung viel für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land abhängt.

- Bleibt diese Regierung überhaupt im Amt?
- Ist sie zu dem dringend notwendigen Kurswechsel fähig oder sitzt sie nur noch die verbleibende Zeit ab?
- Oder gibt es vielleicht doch vorzeitige Neuwahlen und eine ganz andere politische Konstellation?

Zuverlässige Vorhersagen dazu sind schon deshalb schwierig, weil Prognosen in die Zukunft gerichtet sind.

Und doch gibt es mit Blick auf das vor uns liegende Jahr 2020 neben allen Unwägbarkeiten auch Gewissheiten.

Es sind Gewissheiten, die – wer auch immer das Land regiert – Politik und Wirtschaft vor große Aufgaben stellen.

Ich denke, wir alle spüren, dass wir uns in einer Zeit des Umbruchs befinden. Ich nenne nur die Stichworte digitale Transformation und Klimawandel und die auch mit diesen Fragen verbundene Spaltung der Gesellschaft.

Ausgerechnet in dieser herausfordernden Zeit ist es inzwischen Gewissheit, dass auch in Bayern das goldene Konjunkturjahrzehnt zu Ende gegangen ist.

Dem scheint zu widersprechen, dass wir in Bayern wie auch im Bund 2019 noch einmal ein kleines Wirtschaftswachstum erreicht haben. Das wird nach unserer Prognose übrigens auch 2020 so sein.

Deshalb könnte man sagen, und manche tun das auch: Die nachlassende Konjunktur ist zwar bedauerlich, aber es geht ja weiter aufwärts,

nur eben etwas langsamer. Und deshalb können wir doch ruhig mit dem Verteilen genauso weitermachen wie bisher.

Doch dieser Schluss ist fatal. Denn die reale wirtschaftliche Lage ist wesentlich ernster, als es die aktuellen Wachstumsprognosen ausdrücken.

Ich will zu diesem Anlass hier nicht Trübsal blasen und Ihnen ebenso wenig die – hoffentlich – gute Laune nehmen. Aber wir müssen zu Beginn dieses Jahres schon auch den Tatsachen ins Auge sehen.

Fakt ist: Die Konjunktur in Bayern ist gespalten.

Bau und Handwerk, aber auch Einzelhandel und Gastgewerbe laufen weiter gut. Allerdings sind auch hier die Zukunftserwartungen inzwischen überwiegend pessimistisch.

Die Industrie hingegen steckt in einer echten Rezession, sie bekommen es ja auch hier in Augsburg zu spüren.

Im dritten Quartal 2019 lag die Industrieproduktion in Bayern um über drei Prozent unter Vorjahresniveau.

Das war bereits das fünfte Quartal in Folge mit einem Minus vorneweg.

Besonders stark ist der Produktionseinbruch in der Automobil- und Zulieferindustrie mit teilweise zweistelligen Rückgängen.

Bayern ist Industrie- und Autoland. Die Automobilindustrie stellt nicht weniger als 30 Prozent der industriellen Wertschöpfung des Freistaats. Deshalb wird es allerhöchste Zeit, dass damit Schluss ist, unsere Schlüsselindustrie schlechtzureden.

Da wird ja von manchen geradezu mit Lust an dem Ast gesägt, auf dem wir alle sitzen.

Ich meine: Unsere Automobilindustrie hat es im aktuellen Transformationsprozess schon schwer genug!

Wir sollten ihr dabei den Rücken stärken, anstatt ihr ständig Knüppel zwischen die Beine zu werfen!

Die Folgen dieser Entwicklungen treten allmählich auch auf dem Arbeitsmarkt zu Tage.

Auch hier ist längst nicht mehr alles Gold, was glänzt.

Zwar herrscht mit einer Arbeitslosenquote von 2,8 Prozent zumindest bei uns in Bayern nach wie vor Vollbeschäftigung.

Saisonbereinigt ist die Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten aber leicht gestiegen.

Unsere Unternehmen tun das Beste, um ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu halten.

Im Zuge der Kapazitätsanpassung in der Industrie werden Arbeitszeitkonten abgebaut, die Wochenarbeitszeit wird reduziert.

Die Zeitarbeit wird zurückgefahren, die Kurzarbeit nimmt massiv zu.

In der Metall- und Elektroindustrie in Bayern plant etwa jeder fünfte Betrieb im laufenden Quartal Kurzarbeit. Solche Werte hatten wir zuletzt während der letzten Wirtschaftskrise vor gut zehn Jahren und kurzfristig während der Euro-Schuldenkrise 2012/2013.

Zudem kommen immer mehr Unternehmen auch in Bayern mittlerweile nicht mehr darum herum, Arbeitsplätze auch in größerem Stil abzubauen.

Vieles von dem, was ich gerade beklage, ist der weltwirtschaftlichen Lage geschuldet.

Die politischen Unwägbarkeiten und Krisenherde in aller Welt dämpfen die

Investitionsneigung unserer Unternehmen. Und der zunehmende Protektionismus belastet den Außenhandel, wie es besonders bei den USA und China sichtbar wird.

Ich will diese Belastungen keineswegs klein reden.

Aber wir würden es uns viel zu einfach machen, wenn wir mit dem Finger auf Washington, Peking oder London deuten würden, um anschließend achselzuckend die Hände in den Schoß zu legen.

Denn viele unserer wirtschaftlichen Probleme sind hausgemacht, vor allem durch die Politik der letzten Jahre. Und deshalb muss die Politik jetzt endlich ihre Hausaufgaben machen!

Der schier nicht enden wollende Aufschwung hat die strukturellen Standortnachteile in Deutschland nur verdeckt. Umso dringlicher ist es nun, diese Nachteile zu beseitigen und an der eigenen Wettbewerbsfähigkeit zu arbeiten.

Wir müssen uns dabei eines immer wieder klar machen: Der Wachstums- und Beschäftigungsmotor in unserem Land ist und bleibt die Industrie.

Wir brauchen unsere Industrie in Zukunft sogar mehr denn je.

- Denn es ist die Industrie, die Lösungen zur Bewältigung der großen Zukunftsfragen – insbesondere des Klimawandels – bereitstellt.
- Es ist die Industrie, die mit ihren Innovationen den technologischen Fortschritt vorantreibt.
- Es ist die Industrie, die andere Wirtschaftszweige mitzieht.
- Und deshalb müssen wir alles tun, damit die Industrie bei uns auch in schwierigerem Umfeld eine gute Zukunft hat!

Dazu brauchen wir die Politik.

Aber dazu brauchen wir keine Politik mit linken Hirngespinsten.

- Wir brauchen dazu keine Politik, die mit einer Vermögensteuer unsere Familienunternehmen schwächt.
- Wir brauchen dazu keine Politik, die mit einem politisch festgelegten Mindestlohn von 12 Euro Arbeitsplätze vernichtet.
- Wir brauchen dazu keine Politik, die mit einer Rückkehr zur Schuldenpolitik auf Kosten nachfolgender Generation agiert.
- Wir brauchen dazu keine Politik, die mit einer massiven Einschränkung der Befristung von Arbeitsverhältnissen unseren Betrieben ausgerechnet im Abschwung Flexibilität raubt.
- Und wir brauchen dazu auch keine Politik, die mit einer „Perspektivqualifizierung“ nicht mehr benötigte Mitarbeiter im Betrieb hält und so den Wandel aufhält.

All das brauchen wir in dieser Lage nicht!

Wir können uns eine linke Sozial- und Umverteilungspolitik nicht länger leisten, wenn wir nicht wirtschaftlich zurückfallen wollen!

Meine Damen und Herren,

in unseren öffentlichen Debatten wird gern der Satz bemüht: Politik beginnt mit der Betrachtung der Realität.

Machen wir uns diese kluge Erkenntnis zu eigen! Unser Land braucht einen politischen Turnaround in Richtung Realität!

Die wirtschaftliche Realität habe ich Ihnen vorhin geschildert. Daraus müssen jetzt in Berlin schleunigst die richtigen Schlussfolgerungen gezogen werden.

Ich würde mir sehr wünschen, dass die Koalition sich angesichts der vor uns liegenden Herausforderungen aufrafft und sich zum

Krisenpräventionsteam für unser Land entwickelt.

Es kann ja in der aktuellen Lage nicht darum gehen, was möglicherweise gut für die SPD ist.

Es muss vielmehr darum gehen, was gut für Deutschland ist!

Für uns kann das nur heißen: Wir brauchen eine Agenda gegen den Abschwung.

- Wenn wir jetzt nicht aufbrechen, brechen wir weiter ein.
- Abwarten heißt jetzt: Absteigen.
- So weit darf es nicht kommen!

Wir müssen uns wieder mehr darauf besinnen, dass eine gute Wirtschaftspolitik schon immer die beste Sozialpolitik war.

Deshalb brauchen wir jetzt deutliche steuerliche Impulse.

- Wir müssen die Unternehmensteuerlast senken. Andere Länder machen es vor.

Wenn wir nicht mitziehen, verlieren wir massiv an Wettbewerbsfähigkeit.

- Wir brauchen eine komplette Abschaffung des Soli. Das entlastet Personengesellschaften und stützt die Konjunktur.
- Wir brauchen einen kräftigen Impuls bei den Investitionen, insbesondere bei der Digitalisierung, den wir mit einer degressiven Abschreibung auf Investitionsgüter auslösen könnten.
- Wir brauchen auch dringend Strom- und Energiepreise auf einem international wettbewerbsfähigen Niveau. Das ginge relativ einfach, indem wir die Stromsteuer senken.

Wir müssen aber auch an anderer Stelle den Hebel ansetzen.

Wir dürfen nicht immer nur vom Bürokratieabbau reden, es muss endlich

gehandelt werden. Zum Beispiel, indem wir die Planungsverfahren für Infrastrukturprojekte oder das Mobilfunknetz beschleunigen.

Wir sind da viel zu behäbig geworden und gegenüber anderen Ländern zurückgefallen!

Es kann doch nicht dabei bleiben, dass wir in Deutschland für einen Mobilfunkmasten durchschnittlich 18 Monate für Genehmigungen brauchen. Das muss sich ändern!

Wir brauchen in Zukunft mehr Tempo, wenn wir unsere Wettbewerber wieder einholen und überholen wollen!

Meine Damen und Herren,

wir alle wissen: Wirtschaftspolitik hat auch viel mit Psychologie zu tun.

Deshalb ist es in diesen Zeiten auch enorm wichtig, Unternehmern und Unternehmen wieder mehr Wertschätzung entgegenzubringen.

Denn ein nicht unerheblicher Anteil der Wertschöpfung in unserem Land beruht auf dieser Wertschätzung. Wer sich anerkannt fühlt, der ist bereit, mehr zu investieren!

Deshalb muss der Unternehmer in unserer Gesellschaft Vorbild statt Feindbild sein.

Stattdessen ist es aber leider gerade Mode, Wirtschaft und Industrie die Schuld an allen negativen Entwicklungen in die Schuhe zu schieben.

Dabei ist es genau umgekehrt: Wirtschaft und Industrie sind die Problem/löser!

Ich will hier noch einmal auf unsere Autoindustrie zurückkommen, auf deren umweltfreundliche Technologien wir im Kampf gegen den Klimawandel angewiesen sind.

Das ständige Bashing des Verbrennungsmotors hilft uns hier nicht weiter. Im Gegenteil: Die Konsumenten brauchen Sicherheit, dass sie ein

Auto, das sie heute kaufen, auch bis zum Ende seines Lebenszyklus fahren dürfen.

Wenn die Politik ein solches Signal setzt, wäre schon viel gewonnen!

Daneben brauchen wir eine echte Technologieoffenheit und kein Diktat einer bestimmten Antriebsart.

Gefordert ist in der aktuellen Situation aber nicht nur die Politik, Verantwortung tragen auch die Tarifparteien.

Wir haben in den vergangenen Jahren leider den lohnpolitischen Weg der Vernunft verlassen.

Ich will das an ein paar wenigen Zahlen festmachen.

Seit Ende der letzten Wirtschaftskrise sind die Tarifverdienste um 22 Prozent gestiegen, in der Industrie sogar um fast 30 Prozent.

Im selben Zeitraum betrug der Produktivitätsfortschritt aber gerade mal gut sieben Prozent.

Diesen Weg können wir nicht weitergehen, denn das kann auf Dauer im Sinne der Arbeitsplätze nicht gutgehen.

Gerade in der von der Rezession geplagten Metall- und Elektroindustrie ist jetzt eine Zeit des Maßhaltens gekommen.

Wir brauchen neue Wege, um Verteilungsspielräume zu nutzen und zugleich die Arbeitskosten sinnvoll zu begrenzen. Ich hoffe sehr, dass wir diese neuen Modelle bei der anstehenden Metall-Tarifrunde mit den Gewerkschaften finden werden.

Denn auch das ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, eine echte wirtschaftliche Erholung in Deutschland voranzubringen.

Meine Damen und Herren,

auch in Bayern sind wir ein Stück weit abhängig von Entwicklungen, die wir nur in geringem Maße beeinflussen können.

Das hat uns aber noch nie daran gehindert, anzupacken und das Beste aus unseren Möglichkeiten zu machen. Wir machen nicht alles anders, aber vieles besser!

So sind wir, wer könnte das ernsthaft bestreiten, das erfolgreichste Land in Deutschland geworden. Und ich denke, wir alle hier im Saal wollen, dass das auch in Zukunft so bleibt.

Fünf Sterne für Bayern

Ich will Ihnen deshalb zu Beginn eines neuen Jahrzehnts ein paar Gedanken an die Hand geben, wie wir diesen Erfolg aus Sicht der bayerischen Wirtschaft auch in einem schwierigeren Umfeld fortschreiben können.

Ich habe sie mit der Überschrift „Fünf Sterne für ein nachhaltig erfolgreiches Bayern“ versehen.

Mein erster Leuchtstern lautet:

Wer nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg will, muss investieren.

Staatliche Investitionen sind die Basis für künftiges Wachstum und stützen in der aktuellen Lage die Konjunktur.

Deshalb begrüßen wir als Bayerische Wirtschaft die Hightech-Agenda der Bayerischen Staatsregierung.

Dieses Programm ist deutschlandweit einmalig und ein mutiges Signal für Bayerns Zukunft!

Die dort eingesetzten zwei Milliarden Euro sind gut angelegtes Geld!

Die Zukunftsoffensiven, die Bayern in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder gestartet hat, haben reichlich Dividende für unser Land abgeworfen.

Ich bin sicher: So wird es auch diesmal sein.

Das führt mich zu meiner zweiten These:

Wer nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg will, muss auf Innovationen setzen.

Deshalb ist es richtig, massiv die Forschung zu fördern, wie es Bayern gerade wieder vormacht.

Ich denke da nur an die 100 Lehrstühle für künstliche Intelligenz, die jetzt in ganz Bayern eingerichtet werden.

Was uns besonders freut: Die Staatsregierung hat viele unserer Vorschläge aufgegriffen, die wir im Zukunftsrat der Bayerischen Wirtschaft gemacht haben.

Damit liegt sie sicher nicht falsch!

Ich bin auch froh darüber, dass ein Schwerpunkt bayerischer Wirtschaftspolitik auf der Stärkung unserer Automobilindustrie im Strukturwandel liegt.

Aus dem Automobilfonds in Höhe von 120 Millionen Euro fließen unter anderem Gelder in die Schaffung dringend benötigter Ladesäulen für die E-Mobilität, aber auch in die Weiterbildung von bis zu 50.000 Arbeitnehmern.

Auch das ist eine wichtige Aufgabe. Denn wir müssen dafür sorgen, dass möglichst viele Beschäftigte von heute die beruflichen Anforderungen von morgen erfüllen können.

Gerade das Thema digitale Transformation löst bekanntlich bei vielen Menschen Verunsicherung aus.

Sie haben Angst vor einem massenhaften Jobverlust, durch den sie ihren hart erarbeiteten Wohlstand wieder einbüßen könnten.

Diese Ängste müssen wir ihnen nehmen. Denn wahr ist doch: Noch bei jeder technologischen Neuerung waren die Pessimisten der festen

Überzeugung, sie werde zu einem dramatischen Abbau von Arbeitsplätzen führen.

Und noch bei jeder technologischen Neuerung war es am Ende so, dass es mehr und attraktivere Jobs gab als vorher.

Das wird auch jetzt nicht anders sein!

Wir unterstützen als vbw mit Blick auf unsere Automobilindustrie auch die Förderung der sogenannten „Clean Tech“ mit der Forschung zu synthetischen Kraftstoffen, Wasserstoff und Batterietechnik.

Und damit bin ich bei meinem dritten Punkt angelangt:

Wer nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg will, muss das Klima schützen.

Wir brauchen aber einen intelligenten Klimaschutz, der ökonomisch erfolgreich ist.

Wir dürfen uns da auch in Zukunft nicht den Klima-Ideologen beugen, die Klimapolitik

buchstäblich ohne Rücksicht auf Verluste betreiben wollen.

Diese Verluste wären nämlich

- der Verlust von Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen,
- der Verlust von Arbeitsplätzen,
- der Verlust von Wohlstand unserer Bevölkerung
- und am Ende auch der Verlust von sozialem Schutz.

Mit so einer Politik wäre im Übrigen auch dem Klima nicht geholfen. Denn wir können als Deutsche selbst mit dem radikalsten Klimaprogramm die Welt nicht retten.

Unsere Aufgabe ist es vielmehr, der Welt zu zeigen, dass Klimaschutz und wirtschaftlicher Erfolg zusammengehen. Wir müssen Vorbild sein und nicht abschreckendes Beispiel!

Dazu brauchen wir einen vernünftigen Dreiklang aus Ökologie, Ökonomie und Sozialem. Alle drei Säulen sind wichtig, auf alle drei Säulen müssen wir schauen.

Deshalb tut dem Klimaschutz auch keinen Gefallen, wer unser Land hier mit radikalen Parolen spaltet. Wir müssen unsere Gesellschaft schon zusammenhalten. Auch das gesellschaftliche Klima ist gerade in der heutigen Zeit ein sensibles und höchst schützenswertes Gut, auf das wir gemeinsam achten müssen!

Ich habe bereits darauf hingewiesen: Wenn Klimaschutz gelingen soll, muss die Wirtschaft Teil der Lösung sein.

Denn es sind am Ende die Unternehmen mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die all das bereitstellen, was für einen effektiven Klimaschutz gebraucht wird.

Vor diesem Hintergrund sind wir als Bayerische Wirtschaft aus Überzeugung mit von der Partie, wenn es jetzt darum geht, den Umweltpakt Bayern zum Umwelt- und Klimapakt weiterzuentwickeln.

Dieser Pakt wird wie sein Vorläufer auf Freiwilligkeit und partnerschaftliches Handeln von Staat und Wirtschaft setzen, also auf Kooperation statt Konfrontation. Damit sind wir in Bayern Vorbild in Deutschland, und das ist gut und richtig so!

Wir setzen beim Thema Klimaschutz auf Technologie anstatt auf Verbote.

Mit diesem Thema wird sich in diesem Jahr intensiv der Zukunftsrat der Bayerischen Wirtschaft beschäftigen, und ich freue mich, dass unser Ministerpräsident dafür die Schirmherrschaft übernommen hat.

Ich komme zu meiner vierten These:

Wer nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg will, braucht saubere, sichere und bezahlbare Energie.

Eine erfolgreich gestaltete Energiewende ist die Voraussetzung dafür, dass wir beim Klimaschutz unsere ehrgeizigen Ziele erreichen können.

Denn nur, wenn CO₂-neutraler Strom jederzeit in ausreichender Menge zu vernünftigen Preisen zur Verfügung steht, können wir die Nutzung fossiler Energieträger immer mehr zurückfahren.

Dabei müssen wir mit dezentraler Erzeugung auch Wertschöpfung in Bayern betreiben.

Für uns steht aber zugleich außer Frage, dass wir für eine sichere Versorgung auch die großen Stromtrassen aus dem Norden brauchen.

So hat sich unlängst auch der Bayerische Energiegipfel mit großer Mehrheit positioniert.

Jetzt kommt es darauf an, dass diese Leitungen so schnell wie möglich gebaut werden. Die Zeit drängt!

Meine Damen und Herren,

all die Vorschläge und Pläne, die ich zur Stärkung des Standorts Bayern eben geschildert habe, kosten natürlich Geld. Viel Geld sogar.

Und hier bin ich bei meinem fünften und letzten Punkt angelangt:

Wer nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg will, muss auf solide Staatsfinanzen achten.

Bayern ist hier seit langem Vorbild nicht nur in Deutschland, und Bayern muss hier auch künftig Vorbild bleiben.

Wir brauchen eine leistungsfähige Wirtschaft, um Ökologie und sozialen Ausgleich zu finanzieren. Und wir brauchen einen leistungsfähigen Staat, der in Infrastruktur, Forschung und Bildung investieren kann.

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir es, dass die Staatsregierung auch künftig am schuldenfreien Haushalt in Bayern festhält.

Nur die finanziell Soliden sind die wirtschaftlich Starken: Dieser Satz bleibt auch in Zeiten von Null- und Negativzinsen richtig.

Meine Damen und Herren,

die gerade von mir angesprochenen fünf Punkte liefern zugleich auch fünf wichtige Gründe, warum Bayern insgesamt besser dasteht als der Rest der Republik. Denn bei uns wird diesen Leitsternen seit jeher mehr gefolgt als anderswo!

Und noch etwas stimmt mich zu Jahresbeginn ein Stück weit zuversichtlich für die Zukunft unserer Heimat: Die bewährte Partnerschaft von Politik und Wirtschaft.

Wir ziehen in Bayern in den entscheidenden Fragen an einem Strang in die gleiche, vor allem aber in die richtige Richtung.

Das ist in Zeiten des wirtschaftlichen Umbruchs, bei dem wir heute erst am Anfang stehen, ein großes Pfund.

Wenn wir die anstehenden tiefgreifenden Veränderungen erfolgreich bewältigen wollen, brauchen wir ein konstruktives Miteinander aller Beteiligten. Und da schließe ich die Gewerkschaften ausdrücklich mit ein.

Ja: Bayerns Wirtschaft ist stark im Wandel. Aber wir haben alle Chancen, dass wir auch im Wandel stark bleiben.

Lassen Sie uns gemeinsam diese Chancen nutzen.

Ich habe aber auch noch einen persönlichen Wunsch für 2020: Dass wir einander in unserer

Gesellschaft künftig wieder mehr Respekt entgegenbringen.

Es sind ja nicht nur die jährlich 85.000 verbalen und körperlichen Angriffe auf Polizeibeamte, die uns zeigen, dass vielen in unserem Land der nötige Respekt abhanden gekommen ist.

Es hat sich bei uns leider eingebürgert, alles und jeden herabzusetzen und zu verunglimpfen – gerade auch diejenigen, die etwas unternehmen und für dieses Land etwas leisten.

Was wir deshalb brauchen, ist wieder mehr Respekt gegenüber staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen.

Wir brauchen wieder mehr Respekt zwischen den Generationen, zwischen Stadt- und Landbevölkerung, zwischen Wohlhabenden und Geringverdienern.

Unser Gemeinwesen kann nur blühen, wenn wir einander respektvoll begegnen.

Sorgen wir gemeinsam dafür, dass wir alle wieder mehr zu Respektspersonen werden – das wünsche ich mir für dieses Jahr.

In diesem Sinne: Herzlichen Dank und alles Gute!